



Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention

Jahresbericht

POLIZEILICHE KRIMINAL- UND

VERKEHRSPRÄVENTION

in Hessen

2020

1.	Allgemeine Entwicklung	3
2.	Präventionsbereiche	4
2.1	KOMPASS (KOM munal ProgrA mm SicherheitsS iegel).....	4
2.2	Kinder und Jugendliche	6
2.3	Verkehrsprävention	9
2.4	Prävention für Senioren.....	11
2.5	Kriminalpolizeiliche Beratung	12
2.6	Opferschutz, Häusliche Gewalt	15
2.7	Kulturgüterschutz.....	20
2.8	Städtebauliche Kriminalprävention	21
2.9	Prävention Cybercrime	22
2.10	Migration.....	24
2.11	Freiwilliger Polizeidienst	24
3.	Bewertung, Prognose und Ausblick für 2021	25

1. Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 2020 stellte die hessische Polizei – wie die gesamte Gesellschaft – aufgrund der Corona Pandemie vor ganz besondere Herausforderungen, die maßgeblich die Arbeit in der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsprävention bestimmten.

Hinzu kamen die Anschläge in Hanau am 19.02.2020 und in Volkmarsen am 24.02.2020 sowie Großeinsatzlagen im Zusammenhang mit dem „Weiterbau A 49“ und der zeitweise angespannten Corona-Lage insbesondere nach der Verschärfung der Corona-Maßnahmen im Winter mit einem erneuten Lockdown und einer strengeren Maskenpflicht.

Eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Prävention wurden in sogenannten ‚Besonderen Aufbauorganisationen – BAO‘, z. B. BAO Corona, BAOen Hanau und Volkmarsen mit anschließenden Tätigkeiten in Arbeitsgruppen und Einsatzstäben und auch der BAO FOKUS („Besondere Organisationsstruktur gegen Kinderpornographie und sexuellen Missbrauch von Kindern“.) eingesetzt und standen für ihre eigentlichen Tätigkeiten nur temporär zur Verfügung.

Publikumswirksame, für die Prävention bedeutsame, regionale und überregionale Veranstaltungen mussten pandemiebedingt abgesagt werden, z. B. der 60. Hessentag in Bad Vilbel, bzw. wurden in digitaler Form durchgeführt.

So auch der 25. Deutsche Präventionstag (DPT) in Kassel, der vom 28. bis 29. September 2020 ebenfalls nur als digitale Messe unter dem Motto „Smart Prevention – Prävention in der digitalen Welt“ stattfand. Dort informierte die hessische Polizei, respektive das Hessische Landeskriminalamt (HLKA), zu den Themen Verkehrsprävention, Seniorenprävention und Prävention Cybercrime und stellte Beiträge in Form von Experteninterviews im Videoformat im digitalen DPT-Infopool ein. Die Beiträge können auf der Homepage des DPT und unter [Polizei.Hessen.de](https://www.polizei.hessen.de) bzw. HLKA aufgerufen werden.

Der Schutz vor Wohnungseinbrüchen stand 2020 nicht mehr im medialen Fokus wie in den Jahren zuvor, u. a., weil ein signifikanter Rückgang von 6.768 Delikten im Jahr 2019 auf 5.165 Delikte zu verzeichnen ist, davon kamen über 50 % der Einbrüche nicht zur Vollendung. Neben mangelnden Tatgelegenheiten – eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern befand sich im Homeoffice und/oder konnten Urlaubsreisen nicht antreten

- war die Mobilität von auswärtigen Tätern/-gruppen durch nationale und internationale Reisebeschränkungen sehr stark begrenzt.

Kriminelle nutzten die Pandemie von Beginn an schamlos aus, um ihren persönlichen, meist finanziellen Nutzen, aus der Situation zu ziehen. Ob mit dem altbekannten Einzeltrick in neuen Corona-Varianten, falschen Soforthilfe-Formularen aus dem Internet, Fake-Shops, Online-Wucherpreisen für Mund-Nase-Masken, falschen ‚Impfteams‘ oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom Gesundheitsamt, der Einfallsreichtum von Betrügerinnen und Betrügern war 2020 besonders groß. Zwar gab es kein signifikantes Fallaufkommen, doch die bekanntgewordenen Fälle sorgten für großes mediales Interesse.

Die hessische Polizei sensibilisierte zeitnah die Bürgerinnen und Bürger über diese neuen Betrugsmethoden, setzte gezielt die Presse und die Sozialen Medien für Vorbeugungsempfehlungen ein, platzierte TV-Beiträge in Magazinen, Reportagen pp., warnte die Bevölkerung über die kostenlose App [hessenWARN](#) und nutzte das Internet für die schnelle Umsetzung von Verhaltenstipps, u. a. unter [polizei.hessen.de](#) und [polizei-beratung.de](#).

Unterstützt wurde die Polizei sowohl bei der Kriminal- als auch bei der Verkehrsprävention von zahlreichen Netzwerkpartnern. Hier leistete besonders das Netzwerk gegen Gewalt (NgG) einen wesentlichen Beitrag, der im Jahresbericht 2020 des NgG detailliert nachzulesen ist.

2. Präventionsbereiche

2.1 KOMPASS – KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel

Nach nunmehr drei Jahren, einem erfolgreichen Start in den Modelkommunen Bad Homburg vor der Höhe, Schwalbach am Taunus, Hanau und Maintal und der landesweiten Öffnung der Präventionsinitiative KOMPASS für alle 422 hessischen Städte und Kommunen, fand eine Evaluation durch die Justus-Liebig-Universität in Gießen statt.

Die teilnehmenden KOMPASS-Kommunen wurden von Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wissenschaftlich begleitet. Die Universität unterstützte ausgewählte Städte und Kommunen in Form der Erstellung bis hin zur Auswertung durchgeführter Bürgerbefragungen. Die erfolgreiche

Zusammenarbeit wurde nunmehr bis 2023 vertraglich verlängert. Somit haben weitere 26 Städte und Kommunen in den nächsten zwei Jahren, die Möglichkeit, wissenschaftlich begleitet zu werden.

Mit Stand vom 14. Dezember 2020 nahmen 85 Städte und Kommunen an KOMPASS teil. Weitere 12 Städte und Kommunen befanden sich im Bewerberstatus und 26 Städte und Kommunen waren an einer Teilnahme und der damit einhergehenden noch engeren Zusammenarbeit mit der hessischen Polizei interessiert. Die folgende Übersicht zeigt, wie sich diese Städte und Kommunen auf die einzelnen Polizeipräsidien verteilen:

Polizeipräsidium	Anzahl Kommunen	Interessensbekundungen	Bewerber	Teilnehmer
Nordhessen	94	3	1	9
Mittelhessen	88	7	5	16
Osthessen	62	1	0	4
Westhessen	62	13	1	24
Südosthessen	43	0	3	15
Südhessen	72	2	2	17
Frankfurt	1	0	0	0
SUMME	422	26	12	85

KOMPASS wurde erneut auf dem Deutschen Präventionstag vom 28. bis 29. September 2020 in Kassel vorgestellt. Ein entsprechender digitaler Fachvortrag wurde von Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg mit dem Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Herrn Christian Geselle, gehalten.

Zum Jahresende wurde eine Stabsstelle **GemeinsamSicherInHessen – GSIH** – im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) eingerichtet, um die Präventionsinitiative KOMPASS weiter zu entwickeln und noch intensiver zu bewerben.

2.2 Kinder und Jugendliche

Medienkompetenz

„Die Realität an Schulen ist von verschiedensten Konflikten und Problemen geprägt. Verstärkt werden diese Problemsituationen auch durch das inzwischen permanente Nutzen digitaler Medien.“, so zitiert aus dem Vorwort der neuen Handreichung der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes „Schule fragt. Polizei antwortet.“ Diese Entwicklung macht auch an hessischen Schulen nicht halt. Seitens der Eltern- und Lehrerschaft richteten sich verstärkt Anfragen an die (de)zentralen Jugendkoordinatorinnen und Jugendkoordinatoren, die als Schnittstelle zu den Schulen bzw. Staatlichen Schulämtern fungieren. Hierbei war das Social Media-Nutzungsverhalten von Smartphones durch Schülerinnen und Schüler, insbesondere das Verbreiten von kinder- und jugendpornografischen Beiträgen, von besonderer Bedeutung.

In Hessen wurde zunächst entschieden, bei regionalen Vorkommnissen mit strafrechtlicher Relevanz zeitnah einen Elternbrief einzusetzen, welcher auch die Verantwortung der Erziehungsberechtigten hervorhebt. Mit dem Erscheinen der Handreichung „Schule fragt. Polizei antwortet.“ Mitte des Jahres 2020 konnte dann ein bundesweit einheitliches und durch Gremien abgestimmtes Präventionsmedium eingeführt werden, welches die Thematik „Medienkompetenz“ umfassend aufgreift und neben der Zielgruppe der Lehrkräfte auch die Zielgruppe der Eltern anspricht. Ergänzend wurde durch das NgG der Flyer „Medienkompetenz für Eltern“ herausgegeben. Beide Medien werden seitens der Jugendkoordination in den Polizeipräsidien bzw. der mit Jugendarbeit betrauten Institutionen und von nicht polizeilichen Kooperationspartnern hessenweit eingesetzt und sind unter www.netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de abrufbar.

Zuhause arbeiten und lernen, vereinzelt Notbetreuung für die Kleinsten und ein stark eingeschränktes Freizeitverhalten, verlagerte das komplette Familienleben

größtenteils in die eigenen vier Wände. Auch hier spielte die verstärkte Nutzung von Social Media eine besondere Rolle. Fortbildungsveranstaltungen zur Thematik wurden – soweit möglich – in den Polizeipräsidien zumeist online und im Zusammenwirken mit den jeweiligen Kooperationspartnern angeboten. Die aktuellen Zahlen zur Mediennutzung von Jugendlichen können in der jährlich erscheinenden JIM-Studie entnommen werden. Die Studie ist auch in dem Beitrag "Jugendliche im CORONA-Alltag" auf der Homepage der Polizei Hessen verlinkt.¹

Umgang mit Sympathiebekundungen zum Mord an Samuel PATY

An den hessischen Schulen wurde des am 16. Oktober 2020 aus islamistischen Motiven heraus ermordeten französischen Lehrers Samuel PATY mit einer landesweiten Schweigeminute gedacht und das Tötungsdelikt im Unterricht thematisiert. Die Schweigeminute wurde vereinzelt in der hessischen Schülerschaft abgelehnt oder mit Sympathiebekundungen zugunsten der Tat gestört, die auch noch im Nachgang der Schweigeminute geäußert wurden. Da es bundesweit zu ähnlichen Vorfällen kam und seitens der Lehrkräfte eine enorme Unsicherheit im Umgang mit diesen Sympathiebekundungen bestand, ist auf Initiative der Abteilung Staatsschutz des HLKA hin ein Sensibilisierungsschreiben an das Hessische Kultusministerium (HKM) verfasst worden. Die Jugendkoordination als auch die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Prävention Politisch Motivierte Kriminalität/Extremismus standen dabei gemeinsam mit den Migrationsbeauftragten der Polizeipräsidien den Schulen bzw. Schulämtern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Zudem hat eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern des Innenministeriums, des Kultusministeriums sowie der hessischen Schullandschaft zusammensetzt, ihre Arbeit aufgenommen. Vor dem Hintergrund der geschilderten Irritationen, die das vereinzelte Verhalten von Schülern ausgelöst hat, wird in der Arbeitsgruppe an digitalen Konzepten gearbeitet, um Lehrkräfte für diese pädagogisch herausfordernden und besonderen Situationen zu schulen. Adressaten sollen zunächst die hessenweit rund 250 Netzwerk-Lotsinnen und -Lotsen sein.

¹ Statistiken und Grafiken zur Entwicklung der Jugendkriminalität aus der PKS 2020 sind unter www.polizei.hessen.de abrufbar

Krisenintervention an Schulen

Hinsichtlich der Krisenintervention an Schulen befanden sich das HMdIS und das HKM unter Beteiligung des Zentral-Polizeipsychologischen-Dienstes sowie der Landesjugendkoordination des HLKA in Form einer gemeinsamen AG im engen Austausch. Bereits bestehende Verfahrensweisen, bspw. im Umgang mit Todesfällen, Naturkatastrophen oder auch zielgerichteter Gewalt, wurden überarbeitet und neue Themenbereiche abgestimmt. Insbesondere wurde die wichtige Rolle der zentralen und dezentralen Jugendkoordination der Polizeipräsidien als Schnittstelle zu den Schulen bzw. Schulämtern herausgearbeitet und gestärkt.

LEON Hilfe-Inseln

Viele Städte, Kommunen, Schulen, Gewerbetreibende oder Vereine haben sich als langjährige und verlässliche Kooperationspartner rund um den Kinderkommissar LEON erwiesen oder sind neu hinzugekommen.

Im Zuge der Neugestaltung des LEON-Logos und einer intensiven Bewerbung der Kampagne konnten viele neue LEON-Hilfe-Inseln geschaffen werden. Davon sind in Hessen mittlerweile rund 2.800 vorhanden, anteilig befinden sich die meisten in Zuständigkeitsbereichen der Polizeipräsidien Südosthessen und Südhessen.

Ausblick

Die intensivierete Zusammenarbeit mit dem HKM wird auch im kommenden Jahr eine bedeutende Rolle einnehmen. Die Ansprechpartner der Jugendkoordination in den Polizeipräsidien als auch die Landesjugendkoordination stehen der Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft weiterhin und im Besonderen bei den durch den Distanzunterricht verstärkt oder neu aufkommenden Problemfeldern mit Rat und Tat zur Seite.

Vor dem Hintergrund der fortwährenden Ausflächung der LEON-Hilfe-Inseln sollte dem entgegengebrachten Vertrauen auch Rechnung getragen werden.

2.3 Verkehrsprävention

Entwicklung im Jahr 2020

Die Zahl der Verkehrsunfälle ging im Vergleich zum Vorjahr um 26.654 auf jetzt 122.786 zurück. Die positive Entwicklung zeigt sich auch im Bereich der Verkehrsunfälle mit Personenschäden. Die Zahl der Getöteten ist um 20 auf 204 zurückgegangen. 731 Menschen erlitten bei einer Gesamtanzahl von 3.828 weniger schwere Verletzungen im Vergleich zu 2019. Die Zahl der Leichtverletzten ging ebenfalls erfreulicherweise um 4.171 zurück. Positiv auch die Entwicklung der Anzahl der Unfälle, bei denen Fußgänger beteiligt waren; hier gab es einen Rückgang von 579 auf 2.346. Bei den 4.625 Verkehrsunfällen mit Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern ist insgesamt ein Rückgang um 27 und bei den hierbei Schwerverletzten ein Rückgang um 9 auf 662 Personen zu verzeichnen. Bei Anzahl der Getöteten bleibt unverändert bei 18. Auch die Unfallzahlen bei den motorisierten Zweirädern sind im Vergleich zum Vorjahr rückläufig, ein Rückgang um 299 Unfälle auf 3.579. Die Zahl der hier Verunglückten ging um 263 auf 2.603 zurück, es gab 54 (Vorjahr 53) Unfalltote.

Schwerpunkte und Projekte

Das im Dialog mit dem Landespolizeipräsidium sowie der Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention des HLKA und den Fachdienststellen für verkehrspolizeiliche Aufgaben erarbeitete Schwerpunktprogramm „Verkehrssicher in Hessen“ bildete auch im Jahr 2020 mit seinen Haupthandlungsfeldern, unter anderem zum Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer sowie innerhalb der Zielgruppe der motorisierten Zweiradfahrer, den Rahmen für die Verkehrsprävention.

Die landesweit eingeführte Aktion „MAXimal mobil bleiben - mit Verantwortung“, dem herausragenden hessischen Konzept für Verkehrssicherheitsarbeit mit der Zielgruppe Generation 65+, kam auch in 2020 in allen Polizeipräsidien zum Einsatz. Jedoch waren pandemiebedingt ein Großteil der geplanten Veranstaltungen in den Senioreneinrichtungen nicht durchführbar. Ersatzweise wurden Informationsbroschüren in entsprechenden Einrichtungen ausgelegt. Da der 25. Deutsche Präventionstag in Kassel nicht stattfinden konnte, wurde der geplante MAXimal Informationsstand nun in digitaler Form durch ein Experteninterview einer MAX-Koordinatorin des PP Frankfurt ersetzt.

Die Bekämpfung der Hauptunfallursachen Geschwindigkeit, Ablenkung sowie Fahren unter Alkohol-/Drogeneinfluss bildete auch im Jahr 2020 ein Kernthema der Verkehrsprävention.

Die Unfallursache „mangelnde Erkennbarkeit“ innerhalb der Zielgruppe Kinder, Fußgänger und Radfahrer wurde im Herbst landesweit im Rahmen der Aktion „Lass' Dich sehen!“ bei Kontrollen an Unfallpunkten und vor Schulen sowie während des Verkehrsunterrichtes durch die Jugendverkehrsschulen thematisiert. Für den Aktionszeitraum wurden durch das HLKA 14.000 reflektierende Schnapparmbänder beschafft und den Präsidien zur Verfügung gestellt.

Die Inhalte der landesweiten Verkehrssicherheitskampagne zur Reduktion von Verkehrsunfällen bei motorisierten Zweiradfahrern „Du hast es in der Hand! Überlasse nichts dem Unfall!“ wurde, unter der Federführung des PP Südhessen, ideen- und erfolgreich in die Zielgruppe transportiert.

U.a. wurde ein Radiospot über den Sender Hit Radio FFH mit dem Slogan "Überlasse nichts dem Unfall" zur Prime Time über zwei Wochen ausgestrahlt. Mit den 18 Spots innerhalb der Kampagne wurden fast 2,5 Mio. Hörerinnen und Hörer ab 16 Jahren erreicht. Hessenweit ergänzten alle Präsidien die Radiospot Kampagne mit einer einheitlichen Social Media-Kampagne. Hierdurch wurden über 30.000 weitere Personen der Zielgruppe erreicht.

Im August wurde eine Biker Safety Tour im Odenwald durchgeführt. Die von Kollegen der Motorradstaffel Südhessen durchgeführte Zweiradtour zur Gefahrensensibilisierung führte an besonders unfallträchtigen Örtlichkeiten entlang. Ein anlässlich der Tour erstelltes Video wurde beim 25. Deutsche Präventionstag als digitaler Beitrag der Polizei Hessen gezeigt. Des Weiteren wurde ein Experteninterview mit Interviewpartnern des Polizeipräsidiums Südhessen sowie des Hessischen Rundfunks verfilmt und ausgestrahlt.

2.4 Prävention für Senioren

Seit landesweiter Umsetzung der "Rahmenkonzeption der Polizei Hessen für das Aufgabenfeld Seniorenprävention" sowie der "Konzeption Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren- SfS" erfolgt eine einheitliche, hessenweite Koordinierung der "Seniorenpräventionsarbeit" bei der Zentralstelle Kriminal- und Verkehrsprävention

des HLKA. Das hat den großen Vorteil, dass in Hessen einheitliche Präventionsbotschaften im Zusammenhang mit Straftaten zum Nachteil älterer Menschen sowie der Thematik Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr genutzt und verbreitet werden.

Die Leitziele der "Seniorenprävention" sind die Senkung von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM), die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Zielgruppe sowie die Gewährleistung einer sicheren Teilnahme am Straßenverkehr bei Aufrechterhaltung individueller Mobilität.

Insbesondere der Bereich der Seniorenpräventionsarbeit stand im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie vor besonderen Herausforderungen.

Die Durchführung und Planung etwaiger Präventions- und Vortragsveranstaltungen, das Abhalten von Bürgersprechstunden sowie die Veranstaltung regionaler und landesweiter Präventionsprojekte war aufgrund der besonderen Lage nicht in gewohnter Weise möglich. Insbesondere die Gewinnung, Ausbildung und Fortbildung von „Sicherheitsberatern für Seniorinnen und Senioren“ konnte aufgrund der besonderen Umstände nicht durchgeführt werden.

Angesichts neuer und abgewandelter Betrugsmaschen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie reagierte die hessische Polizei jedoch flexibel und passte sich diesen neuen Umständen an. Mit der Entwicklung eines zeitgemäßen Präventionsmediums – Digitale Postkarte „Schutz vor Corona Betrug“ - konnte die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren über spezielle Straftaten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufgeklärt und bestmöglich geschützt werden.

2.5 Kriminalpolizeiliche Beratung

Präventive Beratungsleistungen orientieren sich an auf Landes- und Bundesebene abgestimmten Standards. Um Bedarfsträger überzeugen zu können, in vorbeugende Maßnahmen zu investieren, wurden die hessischen Beraterinnen und Berater umfangreich zum aktuellen Stand der Sicherheitstechnik fortgebildet und haben eine Vielzahl individueller Gefährdungslagen unter Einbeziehung möglicher Modi Operandi bewertet.

Zahlreiche Schwerpunktthemen prägten aufgrund aktueller Lagen inhaltlich das Jahr 2020 und werden weiterhin das folgende Jahr maßgeblich mitbestimmen.

Beratungen islamischer und jüdischer Einrichtungen

Im Zuge des mehrfachen Tötungsdelikts in Hanau im Februar 2020 kam es zu einer zunehmenden Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls insbesondere muslimischer Bevölkerungsteile.

Um deren Sicherheitsgefühl zu stärken und um weitere Delikte zu verhindern, erfolgte eine hessenweite proaktive Kontaktaufnahme zu Moscheen und islamischen Gemeindeliegenschaften. Die angebotenen sicherungstechnischen sowie verhaltensorientierten Beratungen, wurden durchgängig gerne angenommen und anhand der vom HLKA festgelegten einheitlichen Standards durchgeführt.

Im Zusammenhang mit dem antisemitischen Anschlag in Halle im Oktober 2019 wurde die hessenweite Beratung von jüdischen Verwaltungs-, Kultur- und Glaubenseinrichtungen im Jahr 2020 fortgesetzt.

Durch das HLKA wurden über 30 dieser sicherungstechnischen und verhaltensorientierten Beratungen durchgeführt. Die Umsetzung der Empfehlungen wurden fortlaufend mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen abgestimmt.

Beratungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie

Bereits im März wurden die polizeilichen Beratungsstellen durch den Ausbruch der Corona-Pandemie vor neue Herausforderungen gestellt. Um Diebstähle der ad hoc beschafften großen Mengen an Atemschutzmasken, Desinfektionsmitteln, Einmalschutzhandschuhen etc. zu unterbinden, wurden hessenweit zentrale Lager- und Produktionsstätten umfassend beraten.

Im November 2020 erhielten Städte und Kommunen den Auftrag, landesweit Impfzentren unter frühzeitiger Einbindung der kriminalpolizeilichen Beratung zu errichten.

Die vom HLKA erstellte Konzeption zur Beratung von Impfzentren ermöglichte einheitliche Beratungsstandards. Alle Impfzentren wurden von den Beratungsdienststellen in den Polizeipräsidien hinsichtlich ihrer sicherungstechnischen Geeignetheit geprüft und beraten. Die erforderlichen Ertüchtigungsmaßnahmen wurden initiiert.

Ein hoher sicherungstechnischer Maßstab war bei der Beratung des Biotechnologie-Unternehmens BioNTech anzulegen, das in Marburg seinen EU-weit größten Produktionsstandort hat und im Februar 2021 die Impfstoffproduktion dort aufnahm.

Die Beratungen der drei in Hessen befindlichen zentralen Impfstofflager durch das HLKA im November und Dezember 2020 waren Grundlage für die Vertragsvereinbarungen mit den beauftragten Logistikunternehmen.

Besonderen Beratungsbedarf hatte auch die Justiz. Vielerorts scheiterte die Durchführung von Gerichtsverhandlungen daran, dass CORONA-konforme Mindestabstandsregeln nicht eingehalten werden konnten. Speziell angemietete, ausreichend große Interimsgerichtssäle in Bestandsliegenschaften sorgten hier für Entlastung, die vor Inbetriebnahme durch die hessischen Fachberaterinnen und Fachberater sicherungstechnisch bewertet wurden. Besonders ausgeklügelte Sicherungskonzepte wurden für die beiden großen Zeltanlagen entwickelt, die in Ermangelung geeigneter Bestandsliegenschaften u.a. an den Standorten Wiesbaden und Limburg aufgestellt wurden.

Beratungen im Zusammenhang mit dem „Weiterbau A 49“

Im Juni 2020 entschied das Bundesverwaltungsgericht zugunsten der Baufortsetzung der A 49 als direkter Verbindung der Regionen Gießen und Kassel. Mit Beginn der Baumfällarbeiten im Oktober kam es zu teils heftigen Reaktionen von Waldbesetzern und Umweltaktivisten, die sich auch gegen am Weiterbau beteiligte Firmen richteten.

Mit großer Flexibilität, bedingt durch eine in Teilen sehr dynamische Lageentwicklung, führten die polizeilichen Fachberaterinnen und Fachberater zahlreiche Beratungen von gefährdeten Einzelpersonen, Polizeiliegenschaften sowie Gewerbeobjekten der Kritischen Infrastruktur in diesem Zusammenhang durch.

Herausragende Beratungen des HLKA

Neben den vorgenannten Themenfeldern spiegelt die nachstehende Auswahl von durchgeführten Beratungen das weite Aufgabenspektrum wieder:

- Produktionsstandort des Industrie- und Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann in Kassel

- Automobil-Testzentrum der Unternehmung Segula Technologie GmbH (Entwicklungsdienstleiter der Adam Opel AG/ PSA) in Rodgau
- Kulturliegenschaften von hervorgehobener Bedeutung (‚Hessisches Landesmuseum‘ in Kassel, ‚Paulskirche‘ in Frankfurt am Main, ‚Arolsen Archives‘ als UNESCO-Weltdokumentenerbe in Bad Arolsen)
- Direktoriumsmitglieder der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main, nach Vorstandswechsel
- Personen des öffentlichen Lebens (Staatsministerin der Hessischen Landesregierung, Parteivorsitzende einer Landtagsfraktion)
- Hessischer Landtag in Wiesbaden
- Polizeipräsidium Südosthessen in Offenbach, das demnächst als modernste Polizeibehörde Deutschlands in Betrieb geht
- HLKA im Rahmen eines Neubaus zur Erweiterung der Bestandsliegenschaft

Beratungen durch die hessischen Polizeipräsidien

Die kriminalpolizeiliche Beratung war durch die Auswirkungen der Pandemie stark gefordert. Landesweit fielen Messen und Ausstellungen mit Pandemiebeginn aus, bei denen stets weite Teile der Bevölkerung mit präventiven Hinweisen zum Schutz vor einem WED ausgestattet wurden. Die besondere Serviceleistung der hessischen Polizei, die kostenlose Vor-Ort-Beratung, musste aus Gründen des Gesundheitsschutzes stark zurückgefahren werden.

Alternativ wurden verstärkt Telefon-/E-Mail-Beratungen angeboten, die auch von der Bevölkerung angenommen wurden. Auch die sozialen Medien wurden eingesetzt, um Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Trotz aller Erschwernisse konnte die Zahl der kriminalpolizeilichen Beratungen mit 4.126 auf hohem Niveau gehalten werden.

Prävention von Wohnungseinbruch

Erfreulich ist ein weiterer Rückgang der Fallzahlen im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls in Hessen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Delikte von 6.768 Fällen auf 5.165 (-23,7 %). Davon konnten 2.465 Delikte nicht vollendet werden. Dass fast die Hälfte der Einbruchsversuche vor Tatvollendung im

Versuchsstadium stecken blieben, ist darauf zurückzuführen, dass häufig mechanische und elektronische Sicherungen nicht überwunden werden konnten.

Polizeiliche Empfehlungen hinsichtlich der Sicherung des Wohneigentums haben durch den Einbau bzw. durch die Nachrüstung wirkungsvoller Sicherheitstechnik und einem umsichtigen Verhalten hierzu beigetragen. CORONA-konforme individuelle Objektberatungen, Aktionen zur „Dunklen Jahreszeit“ sowie die Kampagne „Sicher in den Urlaub“ waren auch in CORONA-Zeiten wieder wichtige Bausteine einer gelungenen Sicherheitsarchitektur.

2.6 Opferschutz, Häusliche Gewalt

Opferschutz

Als Opfer werden in der PKS anonymisiert natürliche Personen erfasst, gegen die sich Tötungs-, Sexual-, Raub-, Körperverletzungsdelikte, Freiheitsberaubungen und Widerstandshandlungen richten.

Im Jahr 2020 wurden mit 60.154 Opfern insgesamt 1,86% mehr Opfer registriert als im Jahr 2019 (58.473).

Betrachtet man die einzelnen Opfergruppen zeigt sich, dass von den Opfern 3.639 (6,05%) Kinder, 4.097 (7,3%) Jugendliche und 4.139 (7,38%) Heranwachsende waren. Der Anteil weiblicher Opfer betrug insgesamt 25.837 (42,95%), wohingegen 34.317 (57,05%) männliche Opfer registriert wurden.

Ausgewählte Veranstaltungen im Überblick

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten im Jahr 2020 keine landesweiten Veranstaltungen oder Aktionen im Bereich des polizeilichen Opferschutzes durchgeführt werden.

Besonderheiten

Die zwei Anschläge in Hanau und Volkmarsen stellten den polizeilichen Opferschutz im Jahr 2020 vor besondere Herausforderungen.

Die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Opfernachbetreuung innerhalb dieser beider Lagen waren Grundlage einer intensiven Nachbereitung, um in künftigen Einsatzlagen ein noch professionelleres Einschreiten seitens der polizeilichen Opferschützer gewährleisten zu können.

Häusliche Gewalt / Stalking

Entwicklung der Fallzahlen Häuslicher Gewalt und der Fallzahlen Stalking²

Im Jahr 2020 wurden hessenweit insgesamt 10.013 Fälle von Häuslicher Gewalt und 1.175 Fälle von Stalking erfasst. In Relation zum Jahr 2019 stellt dies für den Bereich der Häuslichen Gewalt eine Steigerung um 7,68% dar (2019: 9.299 Fälle). Im Bereich Stalking sind im Jahr 2020 1.175 Fälle registriert worden. Hier hat es in Relation zum Vorjahr keine Veränderung gegeben (2019: ebenfalls 1.175 Fälle).

Die steigende Tendenz im Bereich der Häuslichen Gewalt zeigt sich auch bei der Betrachtung der letzten Jahre, da bereits seit dem Jahr 2014 ein kontinuierlicher Anstieg der Fallzahlen in diesem Bereich festzustellen ist.

Wie auch in den letzten Jahren zeigt sich auch im Jahr 2020, dass Frauen signifikant häufiger von Häuslicher Gewalt betroffen waren als Männer. So waren von den insgesamt 9.719 registrierten Opfern 7.951 Personen weiblich. Dies entspricht 81,81%. Wie auch in den Jahren zuvor war die überwiegende Anzahl der Täter männlich.

Die am stärksten betroffene Opfergruppe ist in der Altersgruppe der 21 bis unter 60-Jährigen zu finden (weibliche Opfer 7.016 und männliche Opfer 1.445).

Corona Pandemie

Bedingt durch die weltweite Corona Pandemie mussten auch im Bereich der häuslichen Gewalt viele Schulungen und Veranstaltungen zum Themenbereich Häusliche Gewalt entweder vollständig ausfallen oder aber in digitaler Form wie (Videokonferenzen etc.) durchgeführt werden. Zudem mussten viele interne

² Ausführliche Statistiken und Grafiken zur Entwicklung im Bereich Häusliche Gewalt unter www.polizei.hessen.de

Sensibilisierungsmaßnahmen für die hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten über das polizeiliche Intranet abgebildet werden.

Hier konnte in übersichtlicher Form themenspezifisches Informationsmaterial zusammengetragen werden, um so auch gezielt für den Umstand zu sensibilisieren, dass die mit der Pandemie einhergehenden Einschränkungen von sozialen Kontakten Opfern die Kontaktaufnahme zu Hilfsangeboten und der Polizei erschweren.

Die klare Botschaft lautete auch hier, dass die hessische Polizei gerade in diesen Zeiten eine besondere Verantwortung wahrnimmt, die Opfer von ‚Häuslicher Gewalt‘ zu schützen.

Prävention ‚Häusliche Gewalt‘

Die hessische Polizei strebt weiterhin eine kontinuierliche Sensibilisierung aller Einsatzkräfte an, die im Rahmen ihrer täglichen Arbeit mit dem Phänomenbereich der ‚Häuslichen Gewalt‘ in Berührung kommen können. Bereits in der Ausbildung des polizeilichen Nachwuchses an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) findet eine intensive Befassung mit dem Themenbereich statt. Hierdurch werden sehr gute Grundlagen für ein professionelles Handeln im täglichen Dienst geschaffen, die auch nach dem Studium durch regelmäßige Fortbildungsangebote und Informationsveranstaltungen vertieft bzw. aufgefrischt werden.

Neben einer engen Kooperation mit der Landeskoordinierungsstelle gegen ‚Häusliche Gewalt‘, den jeweiligen Opferhilfevereinen und dem WEISSEN RING e.V. besteht im Rahmen des proaktiven Ansatzes eine Zusammenarbeit auf Ebene der Polizeipräsidien mit den örtlichen Frauenberatungsstellen. In Fällen von Häuslicher Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen wird in Frankfurt am Main mit dem Anti-Gewaltprojekt "broken Rainbow e.V." eng zusammengearbeitet.

Polizeibeamtinnen und -beamten vermitteln Opfer häuslicher Gewalt zudem bedarfsorientiert an weitere geeignete Hilfeeinrichtungen wie:

- Pro Familia
- Informationszentrum für Männerfragen e.V.
- Beratungs- und Informationszentrum bizeps in Wiesbaden

Alle geeigneten hessischen oder bundesweiten Hilfeeinrichtungen sind in einer landesweiten Datenbank zusammengetragen, die allen Einsatzkräften über das polizeiliche Intranet zur Verfügung steht.

Teilnahme am Orange Day 2020

Im Jahr 2020 stand auch der "Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen" am 25.11.2020 ganz unter dem Eindruck der weltweiten Pandemielage.

Wie jedes Jahr fand im Zeitraum vom 25.11.2020 bis 10.12.2020 die weltweite Kampagne "Orange the World" statt, bei der repräsentative Gebäude in der Farbe „Orange“ beleuchtet wurden, um so auf die Opfer dieser Straftaten aufmerksam zu machen. Orange leuchtende Gebäude, Behörden oder Wahrzeichen in den unterschiedlichsten hessischen Städten und Kommunen sorgten dafür, dass das Thema "Häusliche Gewalt" und "Gewalt gegen Frauen" besonders in der derzeitigen Situation nicht in den Hintergrund rückt. In Zusammenarbeit mit einigen hessischen Dienststellen und verschiedenen Kooperationspartnern setzte dieses Jahr auch die hessische Polizei damit ein deutliches, nach außen erkennbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Das HLKA illuminierte den Übergang des Gebäudes A zum Gebäude F orange.

2.7 Kulturgüterschutz

Illegaler Handel mit Kunst- und Kulturgut

An der allgemein prekären Lage des internationalen illegalen Kulturguthandels hat sich in 2020 keine Änderung ergeben: Er zählt weiterhin zu den weltweit umsatzstärksten illegalen Märkten im Milliardenbereich mit hohem Dunkelfeld, auch in Europa. Insbesondere belegen dies operative polizeiliche Maßnahmen, über die EUROPOL jährlich berichtet. Diese führen wiederholt zu umfangreichen Sicherstellungen inkriminierten Kulturguts aus den Händen gut organisierter, grenzübergreifend tätiger kriminellen Gruppierung³. Immer wieder führen dabei die Spuren auch nach Deutschland wie ein umfangreiches Ermittlungsverfahren des Bundeskriminalamtes gegen einen in Hamburg ansässigen Antikenhändler aufweist, in dem die

³ siehe EUROPOL - 'illicit-trafficking-in-cultural-goods-including-antiquities-and-works-of-art'

Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz des HLKA im August 2020 mit seiner Fachexpertise unterstützte ⁴.

Schwerpunkte der Präventionsmaßnahmen in 2020

Die präventive Arbeit der Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz des HLKA fokussierte sich in 2020 auf die Erstellung einer landesweiten Wanderausstellung zur Problematik der Plünderung und Beschädigung archäologischer sowie paläontologischer Bodendenkmäler durch private Schatzsucher in Hessen. Thematisiert werden zudem die damit einhergehende Unterschlagung der Kulturgüter zum Nachteil des Landes Hessen (Schatzregal) und der illegale Handel mit dem dabei erlangten Kulturgut. Verdeutlicht wird auch das erhebliche Gefahrenpotential für Leib und Leben, das bei der Schatzsuche mittels Metalldetektor oder beim sogenannten „Magnetfischen“ in Gewässern entsteht, wenn nicht umgesetzte Sprengmittel und Munition des zweiten Weltkriegs unsachgemäß ausgegraben bzw. unerkant an Land gezogen werden und infolge unsachgemäß damit umgegangen wird. Bei der Ausstellung handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen (hessenARCHÄOLOGIE) und der Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz des HLKA. Die Ausstellung soll im Herbst 2021 erstmals im Rahmen des hessenARCHÄOLOGIE-Tages der Öffentlichkeit gezeigt werden.

Mit Beschlüssen der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (PI PK) und der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) erhielt die Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz im Dezember 2020 die bundesweite Zuständigkeit für das neu eingerichtete Arbeitsgebiet Kulturgüterschutz mit dem Schwerpunkt archäologisches und paläontologisches Kulturgut. Neben einer Netzwerkbildung enthält das Arbeitsgebiet die Aufgaben der Sammlung, Analyse und Weitergabe von Informationen zur Lage in der (inter)nationalen Kulturgutkriminalität sowie von relevanten polizeiinternen sowie externen Präventionsmodellen und Projekten zur Bekämpfung der Kulturgutkriminalität. Des Weiteren die Federführung bei der Erarbeitung kriminalpräventiver Konzeptionen, Medien und Schwerpunktaktionen zum Kulturgutschutz, ggf. im Rahmen von Projektgruppen, sowie die Zusammenarbeit mit anderen polizeilichen Gremien und sonstigen Behörden, (altertumswissenschaftlichen) Institutionen und Gremien der

⁴ ARD – Plusminus vom 04.11.2020: „US-Ermittler: Terrorfinanzierung durch Antikenhandel“

Strafverfolgung, der Gefahrenabwehr, des Kulturgutschutzes und der Forschung des Bundes und der Länder.

2.8 Städtebauliche Kriminalprävention

Hessenweite Entwicklungen im Jahr 2020

Anfragen und Aufgabenstellungen von hessischen Städten und Gemeinden lagen für die Fachberaterinnen und Fachberater der städtebaulichen Kriminalprävention überwiegend in den Bereichen der Bauleitplanung (TÖB, § 4 BauGB) und bei spezifischen Ortsbegehungen problematischer Quartiere und Stadträume; teils auch auf Nachfrage der dort eingesetzten Schutzmänner/-frauen vor Ort. Insgesamt wurden ca. 80 bis 90 Stellungnahmen für Bauleitplanungen bei hessischen Kommunen abgegeben.

Bauleitplanungen sind grundsätzlich in Flächennutzungspläne und Bebauungspläne zu unterscheiden; letztere wiederum in vorhabenbezogene und qualifizierte Bebauungspläne. Die Maßstäbe dieser drei Arten sind prinzipiell verschieden: Gesamtstadt, Stadtquartier/-viertel und einzelne Gebäude. Dass für jede Maßstabebene spezifische Stellung bezogen werden musste, erwies sich als sinnvolle Herangehensweise und wurde von den Bedarfsträgern begrüßt.

Weitere Betätigungsfelder städtebaulicher Kriminalprävention waren Programme der Städtebauförderung, wie beispielsweise das Programm „Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt“. Zwei seit 2019 andauernde Pilotprojekte „Soziale Stadt Frankfurt-Sossenheim“ und „Soziale Stadt Frankfurt-Nied“ zeigten deutlich die gefragte Expertise bezüglich polizeilicher städtebaulicher Empfehlungen. Dieses Wissen war sowohl bei Stadtplanungsämtern als auch bei den in den Programmgebieten tätigen Planungsbüros gefragt.

Des Weiteren wurden eine Vielzahl an deliktspezifischen Ortsbegehungen und Besichtigungen in Kommunen durchgeführt. Präventive Beleuchtungsrundgänge, aber auch Begehungen von Schulgeländen inklusive Wohnumfeld sowie von problematischen Bahnhofsbereichen waren hierbei unter anderem häufige Betätigungsfelder. In diesen Fällen waren Stellungnahmen zu sehr individuellen deliktbezogenen Problemfeldern der städtebaulichen Kriminalprävention, wie z. B.

„wildes Urinieren“, Rauschgiftdelikte, Sachbeschädigung oder auch Brandstiftung, erforderlich.

Im Jahr 2020 wurde die Zusammenarbeit mit dem kriminalpräventiven Kommunalprogramm KOMPASS weiter intensiviert. Für die Gemeinde Willingen und die Stadt Michelstadt beispielweise wurden spezifische Stellungnahmen mit unterschiedlichen Dezernaten der Stadtverwaltung erarbeitet. Dies erfolgte in Zusammenhang von Ortbegehungen unter gesamtstädtischer Betrachtungen.

Vereinzelt wurde die Mitarbeit bei integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEK) von Kommunen angefragt und seitens der hessischen Fachberaterinnen und Fachberater städtebaulich kriminalpräventiv Empfehlungen in diesen Prozess eingebracht. Auch diese Prozesse stellten sich als ein wichtiges Handlungsfeld dar, weil frühzeitig bei Planungsentscheidungen Einfluss genommen werden kann.

2.9 Prävention Cybercrime

Die Arbeit der Fachberatungen Cybercrime war durch die COVID-Pandemie, gerade während des Lockdowns, stark beeinflusst und verändert worden. Gerade die Fachberatungen Cybercrime waren stark beansprucht und mussten zwangsläufig das laufende Beratungsgeschäft den bestehenden Umständen anpassen. So wurden vermehrt Beratungen telefonische und per Mail durchgeführt. Vorträge fanden, soweit möglich, via Videokonferenzen statt. Präventionsbotschaften und aktuelle Warnhinweise wurden über die Social-Media-Kanäle der hessischen Polizei und auf der Sicherheits-App des HMdIS HessenWarn verbreitet.

Der Safer-Internet-Day, der Aktionstag der Europäischen Kommission für ein sicheres Internet, ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil der Präventionsarbeit geworden. Am 11. Februar beteiligten sich zahlreiche Präsidien mit Vorträgen und Aktionen zu dem Motto „Idole im Netz. Influencer und Meinungsmacht“.

Zahlreiche Anfragen zur Thematik Corona-Betrug wurden an die Landeskoordination Prävention Cybercrime gerichtet. Sie stand ferner für Beiträge und Interviews des Hessischen Rundfunks (ARD), des ZDF und von privaten Fernsehsendern zur Verfügung und konnte so eine größtmögliche Reichweite ihrer Präventionsbotschaften erreichen.

Die Bandbreite der Beratungsthemen hatten auch 2020 ein erhöhtes Aufkommen an Vorträgen, Beratungen und Medienbeiträgen zur Folge. Gefragt waren neben dem IT-Basisschutz, Themen wie Sicheres Einkaufen, Erpressermails, Verschlüsselungen von Dateien, Identitätsdiebstahl, CEO-Fraud, Love-Scamming und Cybergrooming. Ferner standen die Beratungen zur Thematik Anlagebetrug mit der virtuellen Währung BitCoin zur Verfügung.

Das Polizeipräsidium Südhessen beteiligte sich an einer Sonderseite im Stadtmagazin und erreichte so 16.000 Leserinnen und Leser. Nach einem Cyber-Angriff auf eine im südhessischen Bereich ansässigen Firma, bestand der Wunsch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich der Gefahren im Internet zu schulen. An dieser Schulung nahmen mehr als 900 Beschäftigte auch aus dem deutschsprachigen Ausland teil.

Gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt führte das Polizeipräsidium Osthessen die Kampagne „Digital Native“ ein. Die Kampagne „Digital Native“ richtet sich an Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, Eltern und Lehrkräfte. Sie thematisiert Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Cybermobbing, Cybergrooming, Sexting und Hatespeech. Die Kampagne „Digital Native“ konzentriert sich zunächst auf die Vernetzung und Bündelung von Initiativen und Kompetenzen aus der Region Osthessen.

2.10 Migration

Die Migrationsbeauftragten sind auch 2020 in diversen polizeilichen Tätigkeitsfeldern aktiv gewesen. Neben den zahlreichen Unterstützungstätigkeiten in polizeilichen Einsatzlagen und der polizeilichen Prävention sind auch die Veranstaltungen zur Unterstützung der Fortbildung der Polizeibediensteten im Themenbereich „Interkulturelle Kompetenz“ erfolgt.

Als besondere Maßnahme für das Jahr 2020 ist die Mitarbeit der Migrationsbeauftragten des Polizeipräsidiums Südosthessen im Nachgang zum rassistisch motivierten Anschlag in Hanau zu nennen.

Hier fungierten die Migrationsbeauftragten in Bezug auf den polizeilichen Opferschutz als Ansprechpartner für die Angehörigen der Opfer.

Im Rahmen der Umsetzung der Dialog- sowie vertrauensbildenden Maßnahmen zu Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund ist hervorzuheben, dass im

Nachgang zum rassistisch motivierten Anschlag in Hanau im Februar 2020 und dem zuvor in 2019 erfolgten Anschlag auf eine Synagoge in Halle, die sicherheitstechnische und verhaltensorientierter Beratung für die über 300 Moscheegemeinden in Hessen forciert wurde.

Die Sensibilisierung und Beratung der Moscheegemeinden erfolgte durch die sicherheitstechnische Beratung der Polizeipräsidien gemeinsam mit den Migrationsbeauftragten der hessischen Polizei.

2.11 Freiwilliger Polizeidienst

Derzeit beteiligten sich insgesamt 94 Kommunen aktiv am Freiwilligen Polizeidienst mit rund 400 Polizeihelferinnen und -helfer.

Der Freiwillige Polizeidienst in Städten, Gemeinden und auf Landkreisebene hat sich als eine sinnvolle und wirksame Präventionsmaßnahme zur Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Die Einrichtung des Freiwilligen Polizeidienstes im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) wird durch das Land Hessen finanziell gefördert. Derzeit ist der Freiwillige Polizeidienst in 24 Städten und Gemeinden im Rahmen der IKZ eingerichtet.

Darüber hinaus ist der Freiwillige Polizeidienst mittlerweile auch Bestandteil der Initiative KOMPASS.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der Kommunen und der Polizei mit dem Einsatz der freiwilligen Polizeihelferinnen und -helfer sowie der positiven Resonanz aus der Bevölkerung, wird der Freiwillige Polizeidienst in Hessen auch in 2021 – u.a. im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit – weiter ausgebaut. So planen auch die Städte/Gemeinden Stockstadt am Rhein, Biebesheim am Rhein und Gernsheim noch in diesem Jahr dem Modell beizutreten.

3. Bewertung und Ausblick für 2021

Wie in den vergangenen Jahren ist es 2020 – trotz aller Widrigkeiten – wieder allen Präventionsdienststellen gelungen, mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen durch gemeinsame Prioritätensetzung und Schwerpunktbildung, die

Kriminalitätsentwicklung und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Hessen positiv zu beeinflussen.

Wesentlich dazu beigetragen haben die z. T. deutlich gesunkenen Fallzahlen im Bereich Wohnungseinbruch, passgenaue Maßnahmen im Zusammenhang mit der Präventionsinitiative KOMPASS sowie eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Medienbeiträgen insbesondere unter Nutzung der Sozialen Medien.

Zu danken ist allen Netzwerks-/Kooperationspartnern, ohne die die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsprävention kaum leistbar gewesen wäre.

Durch die regelmäßigen Sendebeiträge, u. a. in den HR-Magazinen „Hallo Hessen“ und „Kriminalreport“, konnte ein großer Bevölkerungsanteil, insbesondere zu ‚Cybercrime‘, ‚Straftaten zum Nachteil älterer Menschen‘ und ‚Corona-Kriminalität‘, sensibilisiert werden.

Weiterhin stellt COVID-19 nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch die hessische Polizei vor große Herausforderungen, die gemeinsam mit allen beteiligten behördlichen und nichtbehördlichen Instanzen gemeistert werden müssen.